

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/108

Bonn, den 10. Juni 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a

Direktwahl zum Europäischen Parlament

62

Der Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion
Von Egon Heinrich

1a

Die alte Taktik

24

Italiens KP will Moros Linksregierung torpedieren

2 - 3

Mager, mager

67

Die 17. Lastenausgleichsnovelle - wiederum reformbedürftig
Von Willi Jäger

3

Das Glashaus des Herrn Kapfinger

24

Ein altes Sprichwort ist immer noch gültig

4

Der richtige Weg

41

Freie Gewerkschaften und Entwicklungshilfe

5

"Berdung-Konferenz" in Genf

39

Peking im Angriff - Kairo abwartend - Moskau nicht eingeladen
Von Pierre Simonitsch, Genf

Direktwahl zum Europäischen Parlament

Der Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion

Von Egon Heinrich

Die 36 deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments sollen zusammen mit der Bundestagswahl im Herbst 1965 direkt von der Bevölkerung gewählt werden. Dies sieht ein Gesetzentwurf vor, der jetzt von der SPD-Bundestagsfraktion ausgearbeitet und im Bundestag eingebracht wurde. Die erste Beratung wird bereits Ende Juni stattfinden.

Dieser Gesetzentwurf ist ein bedeutender Schritt auf dem Wege zur Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaften. Er eröffnet erstmals in der europäischen Geschichte die Möglichkeit, daß Mitglieder eines supranationalen Parlaments direkt von der Bevölkerung bestimmt werden. Denn sowohl die Mitglieder des Europäischen Parlaments als auch des Europarats und der Versammlung der Westeuropäischen Union wurden bisher stets vom Bundestag - also indirekt - gewählt. Ein solches Verfahren hat aber mit demokratischer Wahl nicht viel gemein.

In Artikel 138 des EWG-Vertrages ist zwar vorgesehen, daß die 42 Mitglieder des Europäischen Parlaments nach einem einheitlichen Verfahren in allen sechs EWG-Ländern gleichzeitig gewählt werden sollen. Allein, eine solche Europawahl ist seither stets an dem hartnäckigen Widerstand von de Gaulle gescheitert, der dem Europäischen Parlament so gut wie jede Kompetenzerweiterung verweigert. Selbst die entsprechenden Vorschläge der Bundesregierung wurden von Frankreich im EWG-Ministerrat trotz des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages abgelehnt. General de Gaulle ist offenbar zu keiner Vertragsänderung bereit, die dem Europäischen Parlament mehr Recht gäbe. Für Vertragsänderungen ist im EWG-Ministerrat Einstimmigkeit erforderlich.

Der SPD-Entwurf zur Direktwahl hat den großen Vorzug, daß er ohne eine Änderung des EWG-Vertrages praktikabel ist. In dem Vertrag heißt es wörtlich:

- * "Die Versammlung besteht aus Abgeordneten, die nach einem
- * von jedem Mitgliedstaat bestimmten Verfahren von den Par-
- * lamenten aus ihrer Mitte ernannt werden."

Der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion nützt also nur die in den Römischen Verträgen gebotene Möglichkeit, daß die Nationalstaaten den Wahlmodus selbst festlegen können. Mit anderen Worten: Der Widerstand de Gaulles kann durch den SPD-Entwurf umgangen werden. Ausserdem ist damit zu rechnen, daß andere EWG-Länder - zumindest jene mit sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung - bald dem deutschen Beispiel folgen und ebenfalls Direktwahlen zum Europaparlament einleiten. Das gilt vor allem für die Niederlande, Italien, sowie für Luxemburg, wo die Sozialisten wohl auch bald mitregieren werden. Dadurch könnte dann Frankreich in seiner Europapolitik isoliert und zur Aufgabe seiner resistenten Haltung veranlaßt werden.

Direktwahlen zum Europäischen Parlament wären zweifellos ein großes Stimulanz für den Europa-Gedanken. Neben dem Wahlkampf für den Bundestag müßte nämlich auch eine Wahlkampagne für das Europa-Parlament geführt werden. Ein Dialog zwischen Kandidat und Wähler über die Europa-Politik wäre die Folge; sie wäre dann nicht mehr nur eine Angelegenheit der Staatsmänner, Technokraten und Experten. Das Volk würde mitentscheiden.

10. Juni 1964

Da die Bundesrepublik nur 36 Abgeordnete in das Europäische Parlament entsendet, sieht der SED-Entwurf eine Bundesliste vor. Eine Mehrheitswahl würde Wahlkreise mit 1 - 2 Millionen Wahlberechtigten erfordern. Lediglich die beiden Berliner Abgeordneten sollen nach dem Entwurf, der sich allgernein an das Bundeswahlgesetz anlehnt, von Berliner Abgeordnetenhaus bestimmt werden. Die westdeutsche Bevölkerung hätte dann also nur noch 34 Europa-Abgeordnete zu wählen.

Bei der Beratung des SED-Gesetzesentwurfs im Bundestag wird sich zeigen, was von den Europa-Bekennnissen der Koalitionspolitiker zu halten ist. Bundeskanzler Erhard kritisierte in den letzten Monaten mehrmals die "Herrschaft der Technokraten" in Brüssel; gleichzeitig forderte auch er ein Europa-Parlament mit mehr Befugnissen. Bisher hat die Bundesregierung jedoch wenig zur Realisierung dieser Forderung getan. Der SED-Entwurf hilft ihr, Farbe zu bekennen.

+ + +

Die alte Taktik

Italiens KP will Moros Linksregierung torpedieren

sp - Die italienischen Kommunisten scheinen entschlossen zu sein, die Regierung der demokratischen Linken zu torpedieren. Trotz Zustimmung der an der Regierung beteiligten Nenni-Sozialisten und der Sozialdemokraten zu durchgreifenden sozialen und wirtschaftlichen Reformmaßnahmen bereitet der kommunistisch gesteuerte Italienische Gewerkschaftsbund CGIL Kassenstreiks vor, die in den nächsten Wochen das öffentliche Leben in Italien praktisch lahmlegen würden. Die KPI verfolgt damit eine auch früher schon in anderen europäischen Ländern - vor 1933 in Deutschland und in den Jahren 1952 - 1957 in Frankreich - angewandte Taktik. Sie will erreichen, daß eine linksorientierte demokratische Regierung abtritt, um eine sogenannte "revolutionäre Situation" herbeizuführen, in der sich die Kommunisten als einzige "Retter des Vaterlandes" aufspielen könnten. Vor 1933 hat die KP in Deutschland nicht einmal die Hilfe der Nationalsozialisten verschmäht, um die parlamentarische Demokratie unter Druck zu setzen. In Frankreich hat der kommunistisch gesteuerte Gewerkschaftsbund CGT trotz einer hervorragenden sozialpolitischen Gesetzgebung der von dem sozialistischen Ministerpräsidenten Guy Mollet geführten Regierung ununterbrochen Streiks organisiert, die zeitweise das Wirtschaftsleben lahmlegten, um besonders im Bürgertum den Ruf nach einem "neuen Ordnungsprinzip" berechtigt erscheinen zu lassen.

Wenn es der KPI jetzt in der Touristensaison gelingt, das wirtschaftliche Leben und besonders den Verkehr lahmzulegen, geht Italien in diesem Sommer eines großen Teiles seiner wichtigsten Divideneinnahmequellen verlustig.

+ + +

Mager, mager

Die 17. Lastenausgleichsnovelle - wiederum reformbedürftig

Von Willi Jäger

Nach elfmonatiger Beratungsdauer sind die Würfel über die 17. Lastenausgleichsnovelle gefallen. Der Bundestag hat dieses Änderungsgesetz in der vom Lastenausgleichsausschuß erarbeiteten Fassung verabschiedet. Es ist eine Kompromißlösung zwischen einer mageren Regierungsvorlage und einem SPD-Entwurf.

In die schwache Freude darüber, daß die Verabschiedung wenigstens noch rechtzeitig vor den Parlamentsferien erfolgte, mischt sich die Enttäuschung über das substanzielle Ergebnis. Da es bei dieser Gesetzesänderung um die Unterhaltshilfsempfänger, also um die Ärmsten der Vertriebenen und Kriegssachgeschädigten ging, hätte man auch von der Regierung Verständnis und Hilfsbereitschaft erwarten dürfen. Der Regierungsentwurf sah aber neben einigen technischen Änderungen nur eine geringe Anhebung der Unterhaltshilfe-Sätze vor. Das war selbst den Koalitions-Abgeordneten zu wenig, die bereit waren, die Unterhaltshilfe um 20,- DM aufzubessern und die Selbständigenzuschläge im Sinne des sozialdemokratischen Antrages neu zu regeln. Sie kamen sogar den ehemals selbständigen Sowjetzonenflüchtlings entgegen, von denen sie allerdings nur den C-Ausweis-Inhabern eine Alterssicherung zubilligten. Ihre Aufgeschlossenheit erschöpfte sich schließlich in einem interfraktionellen Antrag, durch den vor allem die Vergleichswerte für die Abgaben- und Schadensberechnung der Kriegssachgeschädigten geändert worden sind.

Die Sozialdemokraten wünschten eine umfassende, gerechte Regelung des Unterhaltshilfe-Problems. Da ihr Entwurf in den Ausschußberatungen fast ganz zu Fall gebracht wurde, wiederholten sie ihre wichtigsten Forderungen bei der Zweiten Lesung der Novelle im Plenum des Bundestages.

- * Sie beantragten noch einmal eine Aufstockung der Unterhaltshilfe-Sätze um 35,- DM und gleichermaßen eine Heraufsetzung der Freibeträge; die Nichtanrechnung von Rentenerhöhungen auf die Unterhaltshilfe; die Einbeziehung weiterer Jahrgänge; die Krankenversorgung bei ruhender Unterhaltshilfe, und als wichtigstes die Nichtanrechnung von Unterhaltshilfe auf die Hauptentschädigung.

Zwei weitere Anträge, die von Frau Korpeter, MdB, begründet wurden, stellten den Versuch dar, alle Zonenflüchtlinge - also auch die ohne Ausweis - in den Kreis der Lastenausgleichsberechtigten einzuziehen und die ehemals beruflich selbständigen Flüchtlinge den Vertriebenen gleichzustellen.

Alle Anträge sind von der Parlamentarmehrheit abgelehnt worden, nach den Worten eines FDP-Sprechers mit großen Bedauern, "weil sie sachlich durchaus zu rechtfertigen sind". Gegen die ablehnende Haltung der Regierungsfractionen konnten auch so überzeugende Argumente wie die der Abgeordneten Lemper und Zühlke, daß die Unterhaltshilfeleistungen teilweise unter den Fürsorgerrichtsätzen liegen, oder daß Unterhaltshilfsempfänger die Entschädigung ihrer Vermögensverluste verzehren müssen, nichts ausrichten. Selbst der Hinweis des Abgeordneten Rehs auf Versprechungen der Bundesregierung, konnte die Abge-

ordneten der Koalitionsparteien nicht veranlassen, der Einbeziehung weiterer Jahrgänge in die Altersversorgung der vertriebenen Bauern und der anderen früheren Selbständigen zuzustimmen.

Als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Heimatvertriebene und Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen ist Rehs mit dieser Problematik besonders vertraut. Seine Erklärung, die er dann namens seiner Fraktion bei der Dritten Lesung des Änderungsgesetzes abgab, war zugleich eine Antwort der Geschädigten an die Bundesregierung. Es habe sich wieder einmal gezeigt, sagte er, daß die Bundesregierung kein Augenmaß für die Notwendigkeiten und Möglichkeiten in diesem Millionen Menschen betreffenden Fragenbereich besitzt. Er forderte die Regierung auf, sich nun ernstlich Vorstellungen darüber zu machen, wie es mit den Lastenausgleich weitergehen soll.

Es gibt noch einen umfangreichen Katalog dringender Notwendigkeiten zur Verbesserung des Lastenausgleichs. Der sozialdemokratische Entwurf eines Siebzehnten Änderungsgesetzes hätte diese Skala erheblich verkürzt. Durch die ablehnende Haltung der Regierung und ihrer Bundestagsfraktionen ist man dem Ziele im Lastenausgleich, einem Schlußgesetz, nur einen kleinen Schritt näher gekommen.

+ + +

Das Glashaus des Herrn Kapfinger

Ein altes Sprichwort ist immer noch gültig

H.B. - Ein altes Sprichwort heißt "Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen". Die in diesem volkstümlichen Wort liegende Wahrheit hat der Passauer Zeitungsverleger Johann Baptist Kapfinger zur Kenntnis nehmen müssen. Er hatte gemeint, seine gerichtsnotorisch festgestellten kitzligen Privatangelegenheiten gingen niemandem etwas an und dürften daher auch nicht öffentlich erörtert werden. Deshalb hatte Herr Kapfinger das Hamburger Wochenblatt DIE ZEIT mit dem Ziel verklagt, ihr zu untersagen, seine Privatangelegenheiten zum Gegenstand von Artikeln zu machen. In zwei Instanzen wurde die Klage des Herrn Kapfinger verworfen. Jetzt hat auch der Bundesgerichtshof in Karlsruhe die Klage Kapfingers zurückgewiesen.

Dieses Urteil hat grundsätzliche Bedeutung. Es besagt schlicht und einfach, daß eine rechtswidrige Verletzung des Persönlichkeitsrechtes bei Herrn Kapfinger deshalb nicht infrage käme, weil dieser selbst dazu Anlaß gegeben habe, seine eigenen Verhältnisse zu beleuchten. Der Bundesgerichtshof stellte auch fest, Herr Kapfinger habe durch die Art seiner Publizistik über das Privatleben anderer Personen "selbst die Maßstäbe für eine Berichterstattung gesetzt". Daraus ergebe sich, daß jeder Bürger und auch die Presse im allgemeinen Interesse handele, wenn sie offensichtliche Widersprüche zwischen einem anerkannten Sittenrichtertum und dem eigenen Verhalten des "Sittenrichters" aufzeigen.

+ + +

Der richtige Weg

Freie Gewerkschaften und Entwicklungshilfe

Dr. H.G. - Dieser Tage wurde die Öffentlichkeit auf eine Art der Entwicklungshilfe hingewiesen, die trotz ihrer Wichtigkeit zuweilen nicht die notwendige Beachtung findet. Der stellvertretende Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), Herbert T u l a t z , hob in seinem Referat auf der Sitzung des Zentralkomitees des Internationalen Metallarbeiterbundes in Frankfurt hervor, daß die gewerkschaftliche Entwicklungshilfe keinen karitativen Charakter habe, sondern den Solidaritätsgedanken entspringe. Bekanntlich spielen sich die kommunistischen Parteien und die von ihnen beherrschten Länder immer wieder als die Großhüter der internationalen Solidarität auf. Wenn also die Gewerkschaften der Industrieländer ihren Bruderorganisationen in den entwicklungsfähigen Gebieten auf vielfache Weise Unterstützung gewähren, so entsprechen sie damit nicht nur einer alten gewerkschaftlichen Tradition, sondern nehmen gleichzeitig die Herausforderung der Kommunisten an. Die Gewerkschaften der freien Welt sind nicht willens, die von totalitären Organisationen und Regimen unter dem Deckmantel der Solidarität eine verstärkte Einflußnahme auf die jungen Arbeitnehmerverbände der betreffenden Länder hinzunehmen. Wenn man bedenkt, daß die Zahl der organisierten Angestellten und Beamten - vor allem in Afrika - verhältnismäßig hoch ist, so läßt sich leicht ermesen, daß die Solidaritätsaktionen des IBFG für den zukünftigen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Weg der Entwicklungsländer von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind; dies umso mehr, als es den oftmals erst in ihrem Aufbau begriffenen Gewerkschaften an Erfahrungen im Kampf gegen den Kommunismus mangelt.

Ein anderer Aspekt, der ebenfalls betrachtet zu werden verdient, besteht in der Tatsache, daß häufig noch die Großfamilie, der Stamm, Betrieb und zuletzt erst der Staat die maßgeblichen Stellen der "sozialen Sicherheitsmaßnahmen" sind. Wirksamkeit und Entfaltungsmöglichkeiten der Gewerkschaften stossen daher auf erheblichen Widerstand, daß diese von Generationen überlieferte Praxis nur allmählich und unter großen Schwierigkeiten zugunsten einer modernen Ordnung abgelöst werden kann, ist einleuchtend. Die vom IBFG praktizierte Solidarität der Tat erweist sich somit gleichfalls als wertvolle Hilfe für den beschleunigten und erstrebten Abschluß der Entwicklungsländer an die demokratischen Industrienationen. Offenbar geht man von der richtigen Erkenntnis aus, daß die Gewerkschaften dieser im Aufbruch befindlichen Regionen mehr sind als nur Streiter für Lohnerhöhungen.

"Bandung-Konferenz" in Genf

Peking im Angriff - Kairo abwartend - Moskau nicht eingeladen
Von Pierre Simonitsch, Genf

Die ersten Erfolge Pekings in den Bemühungen, die Sowjetunion von den afro-asiatischen Bündnissen auszuschließen, beginnen sich abzuzeichnen. Moskau erhielt keine Einladung zu der am 15. Juni in Genf beginnender vorbereitenden Tagung der Bandung-Konferenz, an der neben den 29 eigentlichen Mitgliedstaaten der Bandung-Organisation der Großteil der erst kürzlich zur Unabhängigkeit gelangten afrikanischen Länder teilnehmen werden.

Verworrene Situation

Die Einberufung dieser Tagung, die nach aussen rein wirtschaftliche Bedeutung hat, wurde bereits im April in Djakarta beschlossen. Es sollen dabei auf ministerieller Ebene die Ergebnisse der am gleichen Tage zu Ende gehenden UNO-Welthandelskonferenz diskutiert und eventuell eine Resolution gefaßt werden. Die Verhandlungen werden wahrscheinlich wegen der Teilnahme der chinesischen Delegation, die von einem Diplomaten im Botschafterrang angeführt wird, nicht im Völkerbundpalast stattfinden können.

Wirtschaft und Politik greifen eng ineinander und es ist klar, daß die Chinesen versuchen werden - wobei ein Mißerfolg der Welthandelskonferenz Wasser auf ihre Mühlen schütten würde - die blockfreien Staaten zur Durchsetzung ihrer Aufnahme in die Vereinten Nationen und deren Spezialorganisationen zu mobilisieren. Auf der anderen Seite verspricht sich Indonesien von den Besprechungen eine massivere Unterstützung in seinen Gebietsforderungen.

Nasser will Schlichter und nicht Richter sein

In dieser Tauziehen kämpfen die 13 in Genf durch ihre Handelsminister vertretenen Staaten der Arabischen Liga den Ausschlag geben. Wie jedoch aus arabischen Kreisen zu erfahren war, gedenkt Kairo sich völlig neutral zu verhalten und weder im ideologischen Konflikt zwischen Moskau und Peking noch zu den Machtansprüchen Sukarnos Stellungen zu nehmen. Der arabische Block - wenn man ihn als solchen bezeichnen kann - wird die indonesische Regierung nur in jenen Forderungen unterstützen, die direkt gegen die britischen Militärbasen gerichtet sind.

Das Geheimnis, warum Kairo lieber Schlichter als Richter sein will, liegt in der Tatsache, daß Präsident Nasser die Führerrolle in der "Dritten Welt" anstrebt; dies natürlich zum Verdruss der Chinesen und Indonesier, weil diese die Vordringlichkeit einer neuen Bandung-Konferenz beweisen wollen, während Nasser die vorherige Abhaltung einer Konferenz der "Blockfreien" kommenden Herbst in Kairo und die Schaffung eines ständigen Sekretariats in einer noch nicht bestimmten afrikanischen Hauptstadt durchsetzen könnte.